

## **Medienerklärung**

Medienbulletin - verantwortlich : Alain Bringolf  
rue du Vieux-Billard 25 – Case Postale 232 – 1211 Genève 8  
E-Mail : abringolf@vtx.ch

Genf, 26. August 2006

### **Abstimmungen über die Revision des Asyl- und Ausländergesetzes**

#### **PdAS empfiehlt doppeltes Nein**

Die PdAS empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, am 24. September 2006 die Revisionen des Asyl- und Ausländergesetzes abzulehnen. Die Gesetze sind der untaugliche Versuch, mit polizeistaatlichen Methoden eine totale Kontrolle über Ausländerinnen und Ausländer auszuüben. Ihre Annahme würde das Völkerrecht verletzen, zu behördlicher Willkür führen, Familien auseinanderreißen, die Schwarzarbeit massiv erhöhen und nicht zuletzt den Kantonen enorme Mehrausgaben aufbürden.

Das neue Ausländergesetz stellt binationale Ehen unter Generalverdacht und diskriminiert ausländische Kinder. Es führt zum Aufbau eines riesigen fremdenpolizeilichen Apparates, welcher das Privatleben bis in intimste Details ausspionieren soll. Es stellt die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen ins polizeiliche Ermessen und öffnet dadurch behördlicher Willkür Tür und Tor. Es bewirkt ein rasches Anwachsen der Zahl von Sans-Papiers und der Schwarzarbeit, wodurch der Schweiz Milliarden an Steuern und Beiträgen an die Sozialversicherungen verloren gehen werden.

Das neue Asylgesetz schreibt realitätsfremde Schnellverfahren vor, welche das Risiko von Fehlentscheiden drastisch erhöhen. Es verstösst in eklatanter Weise gegen geltendes Völkerrecht, insbesondere gegen die internationale Konvention über die Rechte des Kindes. Die in den beiden Gesetzen vorgesehene Beugehaft, die auch gegenüber Minderjährigen bis zu einem Jahr dauern kann, ist sadistisch, und sie wird, wenn sie tatsächlich angewandt werden sollte, die Kantone jedes Jahr Millionen kosten.

Die PdAS ist empört über das Verhalten des zuständigen Bundesrates Blocher, der sich einer politischen Auseinandersetzung über die Gesetzesrevisionen entzieht, sich aber gleichzeitig mit behördlichen Verlautbarungen in den Abstimmungskampf einmischte. Die PdAS hält es für feige, auf dem Buckel ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche sich an der Urne nicht wehren können, mit halbweisen oder ganz falschen Behauptungen Stimmung zu machen, wie dies Bundesrat Blocher tut. Sie fordert die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, dieser verlogenen Politik am 24. September durch ein doppeltes Nein zu Asyl- und Ausländergesetz eine klare Absage zu erteilen.

Alain Bringolf, Präsident der Partei der Arbeit der Schweiz